

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 193

Christliche Perspektiven im geeinten Deutschland

Wege und Aufgaben der Kirche
in den neuen Bundesländern

von Joachim Reinelt

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Der Weg der Kirchen in der DDR und zur Zeit der Wende wurde von der Öffentlichkeit mit beachtlicher Aufmerksamkeit verfolgt und unterschiedlich kommentiert.

Die Kritik an der angeblichen Zurückhaltung der katholischen Kirche in den 40 Jahren des totalitären Staates ist sehr schnell wieder verstummt.¹⁾ Die evangelische Kirche wurde anfangs sehr heldenhaft dargestellt und anschließend massiv der Kooperation mit dem sozialistischen Staat bezichtigt. In den Beurteilungen beider Kirchen liegt der wesentliche Fehler in der Verallgemeinerung des Versagens einzelner auf die ganze Kirche. Das ist sowohl gegenüber der evangelischen Kirche wie gegenüber der katholischen Kirche ein grobes Unrecht. Es ist bekannt, daß beide Kirchen in unterschiedlicher Weise dem Regime die Gefolgschaft entzogen haben. Während die Katholiken prinzipiell der Methode der Verweigerung mehr Chancen gaben, haben die Protestanten, vielleicht entsprechend ihrer Geschichte, der Methode des Protestes stärker vertraut und waren dadurch gezwungen, das Regime anschließend wieder freundlich zu stimmen. Mußten sich die katholischen Bischöfe fragen, ob die Effektivität ihrer Gangart wirklich optimal war, hatten sich die evangelischen Kirchenleitungen der Frage zu stellen, ob der Eindruck nach außen, besonders durch die sozialistischen Medien verstärkt, nicht zuviel Staatsfreundlichkeit signalisierte. Ich halte es für töricht, darüber urteilen zu wollen, wer von beiden es besser gemacht habe. Aber leidenschaftlich muß ich die Darstellungen tendenziöser Kommentare ablehnen, die die Christen zum stabilisierenden Faktor des Unrechtsregimes stempeln wollen. Tausende könnten aus ihren persönlichen Erfahrungen durch harte Zeiten belegen, wie sie vom Kindergarten bis zum Altersheim ausgegrenzt wurden, weil ihre christliche Grundeinstellung als überholt und sozialismuseindlich angesehen wurde. Damit verband sich unsäglich viel persönliches Leid, harte Benachteiligung und eine Dauerbelastung, für die bisher niemand Wiedergutmachung eingeklagt hat. Das soll auch hier nicht geschehen. Aber wer die Tapferkeit etwa all jener Kirchenmitglieder, die die Jugendweihe verweigert, die Parteimitgliedschaft abgelehnt und die ihr Gewissen vor faulen Kompromissen bewahrt haben, in der allgemeinen moralischen Wertung übersieht, vergeht sich an vielen Tapferen einer Kirche des Widerstandes im sozialistischen Alltag. Die amtlichen Vertreter der Kirche, Priester und Bischöfe in besonderer Weise, hatten diese alltägliche Bürde der kleinen Diasporagemeinden ständig mitzutragen. In diesem Zusammenhang sei erinnert an 70 Jahre Gebete im Geiste von Fatima und an die geistigen Wurzeln von Solidarnosc.

Auch in den Tagen des Oktoberwiderstandes 1989 hat die katholische Kirche, dies kann ich besonders von Dresden, Leipzig und anderen wichtigen Städten unseres Bistums bezeugen, an keinem entscheidenden Abschnitt der Ereignisse gefehlt, sondern Seite an Seite mit der Evangelischen Landeskirche Sachsens das ihr Mögliche getan.²⁾ Bedauerlicherweise wurde versäumt, das an die große

Glocke der Medien zu hängen. Nur deshalb entstand der Eindruck des Unbeteiligtseins. Man darf wohl schon fragen, wer eigentlich zur Aufarbeitung der Vergangenheit eher aufgerufen ist: diejenigen, die durch Jahrzehnte die Last und Hitze des Tages getragen haben, oder diejenigen, die am Ende der Episode qualitätslos Pauschalurteile abgegeben haben. Mir ist nie so deutlich geworden wie jetzt, daß man Geschichte wenige Tage nach den Ereignissen völlig verfälschen kann. Für mich steht jedenfalls fest, daß die Anbiederungen westdeutscher politischer Kreise an den sozialistischen Staat (Kontakte frei gewählter Parlamentarier mit dem Scheinparlament Volkskammer und andere Beispiele) wesentlichere Versagen darstellen als die Schwäche einzelner, die unter Angst und Druck den Mächtigen nachgegeben haben. Die Christen aller Kirchen im Osten Deutschlands werden sich eher die entscheidende Gewissensfrage stellen müssen, warum ihr Glaube nicht mehr Überzeugungskraft ausstrahlt hat.

Diese Frage aber ist in ganz Deutschland für das Heute zu stellen. Wie geht es weiter mit der Kirche hierzulande? Welche Perspektiven ergeben sich aus der Botschaft des Evangeliums für die Menschen in unserem Vaterland, besonders im Osten Deutschlands?

Offene Türen für alle

Jetzt ist der Kairos für eine Kirche, die die Hände nach allen Seiten ausstreckt, nicht um zu nehmen, sondern um geschwisterlichen Beistand allen zu signalisieren, die in ihren vielfältigen Nöten und Problemen der Hilfe bedürfen. Wir haben im Osten Deutschlands nicht Zeit für innerkirchliche Querelen. Wir brauchen hier keine introvertierte Kirche, sondern eine Kirche für die anderen.³⁾ Entscheidendes wird hier weniger durch große Erklärungen als durch das tägliche Miteinander und Füreinander der Vielen bewirkt.

Welche Inhalte der Frohen Botschaft interessieren den Menschen außerhalb der Kirche im Osten Deutschlands erfahrungsgemäß besonders? Es ist zunächst die Frage nach Gott.⁴⁾ Die naive und verwirrende Darstellung Gottes durch die atheistische Propaganda und die marxistische Schule ist günstigerweise für manchen fragenden Menschen so absurd, daß er sich nicht vorstellen kann, daß ein Mensch des 20. Jahrhunderts an einen solchen Gott glaubt. Das ist ein oft zu wenig erkannter Anknüpfungspunkt, Suchenden das befreiende Gottesbild der Bibel zugänglich zu machen. Wem einmal aufgegangen ist, daß der Gott der Christen der Gott der Liebe ist, wird von der kostbaren Unruhe bewegt, von der Augustinus wußte, daß sie bleibt, bis man die endgültige Ruhe, die wahre Sicherheit gefunden hat. Nachdem die Menschen in unserem Raum von einer nie gekannten existentiellen Verunsicherung betroffen worden sind und kaum jemand Orientierung angeboten hat, ist die Botschaft vom Gott der Geborgenheit

und des Friedens von besonderer Aktualität. Wie man in Zeiten der äußeren Not Zuflucht nahm zu Bittprozessionen, so scheint der Mensch in den inneren Unruhen Zuflucht zu suchen in Versenkung und Meditation. Wir wissen aus der Geschichte der Frömmigkeit nur zu gut, daß beide Tendenzen ins Leere gehen, wenn statt Gott nur Scheinreligiöses gefunden wird.⁵⁾ Darum muß die Gottesfrage in den Kirchen umfassend und in einer heute brauchbaren Sprache dargestellt werden.

An zweiter Stelle gilt es, die Würde jedes einzelnen Menschen neu ins Bewußtsein zu heben. Nach einem Zeitabschnitt derart umfassender Entmündigung und Erniedrigung haben viele ihr Selbstbewußtsein in beängstigendem Ausmaß verloren. Die extremen Bewegungen aller Couleur geben davon beredtes Zeugnis. Man könnte die hinterbliebene Gesellschaft des Sozialismus auch als eine Gesellschaft der tausend Minderwertigkeitskomplexe charakterisieren. Nicht umsonst wurde der "aufrechte Gang" so oft angemahnt. Für viele schien der eigentliche Wert ihrer Persönlichkeit in ihrer Produktivität zu bestehen. Nach dieser Sicht wäre ja Arbeitslosigkeit konsequenterweise Zerstörung der menschlichen Existenz selbst. Diesem Irrtum müssen wir entgegentreten. Eine aufbaufähige Gesellschaft braucht Menschen mit Selbstbewußtsein. Nirgendwo wird der Mensch zu einer solchen Größe erhoben wie in der biblischen Botschaft. Es ist nicht zu begreifen, daß nach den Erkenntnissen des Zweiten Vatikanischen Konzils in unserer Kirche diese fundamentale Nachricht noch immer so schwach weitergegeben wird. Zur höchsten Würde gelangt der Mensch durch seine Christuswirklichkeit in ihm. Und damit findet er seine wahre Freiheit. Wenn diese Wahrheit nicht "von den Dächern gerufen" wird, dann wird die Kirche Europas ins unvermeidliche Aus geraten. Wo sie sich aber zu dieser Wirklichkeit überzeugend bekennt und danach handelt, wird der Geist Gottes das Angesicht dieser Erde erneuern.

Erlebbarer Communio

Als der SED-Chef von Berlin, Günter Schabowski, schilderte, daß es im Politbüro keinerlei Freundschaften gegeben habe, wurde klar, daß sogar der Begriff Kommunismus eine Lüge war. Die Idee des Kommunistischen Manifestes "Proletarier aller Länder vereinigt euch" blieb selbst bei den Spitzenkräften eine Phrase. Ein Apparat schafft keine Beziehungen, er vereinzelt und isoliert. Das Volk kroch in die private Nische und es tut sich bedenklich schwer, da wieder herauszufinden.

Die westlichen Lebensmodelle sind offensichtlich auch keine Lösung. Man bleibt "schön für sich". Die damit verbundenen Einsamkeiten machen Angst und verstärken die Unfähigkeit zur Gemeinschaft. Deshalb verspürt man keinen Zug zum gesellschaftlichen Engagement. Parteien klagen über Müdigkeit und man-

gelnde Mitgliederzahlen. Verbände treten auf der Stelle und die Kirche bewegt sich immer in den gleichen Kreisen. Das alles geschieht deshalb so, weil es immer wieder zu sehr um die Sache, um das Programm geht, statt um die Gemeinschaft, um die *Communio*. Auch in der Kirche werden zu viele Programme gemacht, zu viele Probleme diskutiert und viel zu wenig *Communio* ermöglicht. Bei aller Sorge um ein Bildungsdefizit in der Kirche, dem dringend Abhilfe zu schaffen ist, müssen wir doch die Kopflastigkeit aufgeben. Wir sollten auch beachten, daß *Communio* viel mehr als Geselligkeit ist. Gewiß ist befreiendes Lachen in schweren Jahren eine hilfreiche Medizin gewesen. Kirche hat aber nicht Trostpflasterchen bereitzuhalten, sondern schöpft aus einem unermeßlichen Schatz, nach dem sich jeder im tiefsten sehnt: die Gemeinschaft derer, die bereit sind, füreinander das Leben einzusetzen (vgl. Joh 15,3), und die von Christus selber geeint werden (vgl. Mt 18,20). Wo solche Gemeinsamkeit wirklich erfahren wird, ist Kirche faszinierend (vgl. Apg 5,12-16). Wo der eine sich in der Zuwendung an den anderen verliert, weil es ihm um dessen Heil geht und nicht um die Bestätigung seiner selbst, da findet wiederum der andere den Weg, sich selbst zu verschenken und so in den Kreislauf einzutreten, der letztlich das Wesen der Kirche ausmacht: den Kreislauf der Liebe des dreieinigen Gottes. Diese erlebbare *Communio* wird dann eine unbändige erneuernde Kraft entfalten in allen Bereichen des menschlichen Lebens. Hier kann die Diasporakirche des Ostens auf eine ihrer kostbarsten Erfahrungen ihrer Vergangenheit in Pfarrgemeinden und geistlichen Gemeinschaften in Dankbarkeit gegen Gott verweisen.

Caritas für die Schwächeren in der Gesellschaft

Eine der wertvollsten Früchte vitaler Diasporagemeinde ist die von freiwilligen Helfern getragene Caritasarbeit, ebenso auch die organisierte Caritas. In der sozialistischen Ära wurde dem caritativen und diakonischen Dienst der Kirchen erstaunlich viel Raum gegeben, weil offensichtlich den Christen zugetraut wurde, besonders menschlich mit Hilfsbedürftigen umzugehen. Nicht selten wünschten selbst hohe Parteifunktionäre Behandlung in kirchlichen Krankenhäusern. Damit die soziale Marktwirtschaft wirklich sozial bleibt, braucht es Menschen, die sich selbstlos und aufopferungsvoll denen zuwenden, die zu den Schwächeren in der Gesellschaft gehören. Der Dienst der verschiedenen caritativen Vereinigungen und Verbände ist deshalb unverzichtbar, zumal er zum Wesen des Christseins gehört. Besondere Probleme entstehen dadurch, daß mehr als früher die Wirtschaftlichkeit der caritativen Unternehmen von den Kostenträgern eingefordert wird. Dieser Anspruch hat durchaus seine Berechtigung. In der jetzigen Umbruchphase besteht allerdings die erhebliche Gefahr, daß die menschlichen Aspekte den wirtschaftlichen untergeordnet werden. Dagegen muß sich Kirche entschieden wehren. Einmal ist es nicht zwingend, daß die

Standards westlicher Einrichtungen in kürzester Zeit im Osten verbindlich erreicht werden, zum andern ist es durchaus die Frage, ob die Menschen im mondänen Seniorenhotel Westdeutschlands oder im bescheidenen Altenheim mit gewohnter Caritasqualität glücklicher sind. Es sollte sofort ein Instrumentarium erarbeitet werden, das derartige Einrichtungen vor der Diktatur der Kostenträger wirksamer schützen kann als es bisher möglich war.

In beachtlich kurzer Zeit ist es gelungen, im Bereich der neuen Bundesländer die Anzahl der caritativen Einrichtungen zu vermehren. Viele neue Sozialstationen sind entstanden. Besonders die Beratungsdienste wurden ausgebaut. Hilfen für alleinstehende, alleinerziehende und bedrängte Frauen sind möglich geworden. Kinderdörfer entstehen. Bisher öffentliche Krankenhäuser kommen in kirchliche Trägerschaft. Für eine kleine Diasporakirche eine beachtliche Leistung. Nun ist es bedeutsam, darauf zu achten, daß das christliche Profil dieser Häuser deutlich wird. Bemerkenswert ist, daß sich häufig Mitarbeiter, die keine Kirchenmitglieder sind, durchaus eignen, der christlichen Profilierung des Hauses zu dienen. Das muß bei Mitarbeiterbestimmungen der Caritas gebührend berücksichtigt werden. Wo allerdings lediglich der Name einer Einrichtung noch etwas mit der Kirche zu tun hat, sollte man ehrlichkeitshalber einen anderen Träger suchen.

Zwei Arbeitsfelder sind bei der Caritas in Zukunft besonders im Blick zu behalten: einmal die Sorge für das ungeborene Kind. Der Verrat an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft kann nur gutgemacht werden durch Einsatz für die Mütter, denen der Mut fehlt, ihren Kindern das Leben zu schenken.

Zum andern wird es im Zeitalter der Euthanasie-Gefahr zunehmend bedeutsamer, sich um Sterbende zu mühen. Sterben sollte als Höhepunkt menschlichen Lebens auf dieser Erde begriffen werden. Der Entscheidungscharakter dieser letzten Stunde verlangt mehr Einsatz, als er in Kirche und Gesellschaft bisher wahrgenommen wurde.

Gesellschaftspolitisches Engagement

Es gehört zu den glücklichen Fügungen der jüngsten Geschichte unserer Kirche, daß ein Jahr vor der politischen Wende "Christifideles laici" von Papst Johannes Paul II. zur Verfügung stand und, die nahe Wende nicht ahnend, von den Laien überaus willkommen aufgegriffen wurde. Damals gab es verständlicherweise die schwierige Frage, wie das in dem Päpstlichen Schreiben geforderte politische Engagement des Christen im sozialistischen Umfeld wahrgenommen werden sollte, in dem doch eigentlich nur die politische Generallinie der Partei geduldet worden war. Diese unmenschliche Einengung der politischen Willensentfaltung war damals das Hauptproblem eines gesellschaftlichen Engagements für uns Christen. Es ist bedauerlich, wie wenig von dieser massiven Unterdrückung der

Bevölkerung im Sozialismus heute die Rede ist. Die Stasiarbeit war ja nur die Spitze dieses Eisberges. Warum wird nur von ihr gesprochen? Die täglich wirk-same totale Unterdrückung jeder anderen Meinung durch die Vertreter der Par- tei in den Schulen, Hochschulen, Betrieben und Kulturstätten ist weder von den tragenden politischen Kräften noch von den Medien Deutschlands als Problem erkannt und deutlicher angesprochen worden. Dieses bedauerliche Schweigen könnte bei einer kommenden Geschichtsaufarbeitung als eine geheime Komplizenschaft mit der SED gedeutet werden. Ich warne ausdrücklich davor, weiter zu schweigen. Der Hauptträger des Unterdrückungssystems, die SED, muß auf Doktrin und Methoden der Unmenschlichkeit überprüft werden. Das ist vor- dringlicher als die Aufdeckung solcher IM, die keinem persönlich geschadet ha- ben. Es muß schon bedenklich stimmen, wenn ein Jugendlicher in Meißen be- richtet, wie der gleiche SED-Lehrer, der ihn in den Zeiten des Sozialismus als Christ lächerlich gemacht hat, ihn nun wiederum im Kontext mit westlichen Me- dienstimmen vor der ganzen Schülerschaft verhöhnt und verspottet. Da ist eine interessante Allianz zwischen alten Genossen und liberalistischen Kirchenkriti- kern entstanden. Wird deshalb so wenig in den Akten der SED nachgeschaut? Wir werden das um der Gerechtigkeit und um eines wirklichen Neuanfangs willen nicht auf sich beruhen lassen können.

Nachdem nun für unsere katholischen Laien die Ausgrenzung aus dem politi- schen Bereich zu Ende gegangen war, kam der Impuls von "Christifideles laici" sehr stark zum Tragen. Während in der evangelischen Kirche unerwartet viele Pfarrer zum politischen Mandat griffen, akzeptierten unsere Laien, daß die ka- tholischen Priester darin nicht ihre Aufgabe erkannten und nahmen das Heft selbst in die Hand. Das war umso erstaunlicher, als doch so gut wie alle zuvor weder theoretische noch praktische Kenntnisse in politischen Aufgabenfeldern sammeln konnten. In der Euphorie des Neuaufbruchs war kaum klargeworden, welche immensen Lasten mit der Annahme eines Mandats oder Amtes verbun- den sind. Einige sind überfordert, viele aber haben es in beachtlich kurzer Zeit zu einer erstaunlichen Kompetenz gebracht. Einer spirituellen und wertori- entierenden Begleitung darf sich die Kirche nicht entziehen.

Welche Aufgaben ergeben sich vordringlich für die Politik im Osten?

Bildung eines neuen politischen Bewußtseins

40 Jahre kommunistische Indoktrination haben sich im Bewußtsein des ostdeut- schen Volkes viel stärker niedergeschlagen als die meisten Politiker bis jetzt be- merkt haben. Die politische Sprache im Neudeutsch des Westens kann von vielen hierzulande überhaupt nicht verstanden werden. Außerdem sind eine Menge von Begriffen, die ein westlicher Politiker euphorisch gebraucht, nach den ersten Enttäuschungen im Osten für den Menschen hierzulande mit einem

Antiaffekt belastet. Ebenso verwirrend wirken politische Debatten über Paragraphen des Grundgesetzes, die sich über Wochen hinziehen und den Eindruck vermitteln, daß dies die Problematik des Grundgesetzes sei. Kaum jemand aber kennt den Inhalt des Grundgesetzes. Bei uns findet nirgendwo in der Öffentlichkeit eine bewußtseinsprägende Wertung all dessen statt, was die Menschen mit der Wiedervereinigung Deutschlands gewonnen haben. Statt dessen wird die miese Stimmung der unzufriedenen Satten des westlichen Teils täglich stundenlang in jedem Haushalt übertragen und dort nach den für den östlichen Menschen typischen Kategorien kapitalistisch - sozialistisch, Herrschender - Unterdrückter, Ausbeuter und Ausgebeuteter und ähnlichen Schablonen beurteilt. Das kann nur zu einer wachsenden DDR-Nostalgie führen, zumal der Mensch die bekannte Eigenschaft hat, das Negative im bewußten oder unbewußten Verdrängungsprozeß sehr schnell zu vergessen. Freiheit und Wohlstand werden genossen als wären sie schon immer selbstverständlich gewesen, ohne sich überhaupt noch der unschätzbaren Kostbarkeit der neuen Qualitäten dieses Lebens bewußt zu werden. Die westliche Meckerdemokratie, die wir schon vor der Wende scheußlich fanden, hat voll von uns Besitz ergriffen. Die Demokratie des verantwortlichen Miteinanders, des engagierten Einsatzes für eine bessere Zukunft nicht nur im eigenen Land, die frei übernommene Verantwortung für das Gute des Ganzen und die überlebenswichtige Balance im Kräftespiel des freundschaftlichen Parteienstreits sind für viele unbekannt geblieben. Sind sie eigentlich im Westen bekannter als bei uns im Osten? Wenn die einflußreichsten Politiker unseres Landes dieses Defizit nicht erkennen und gebührend darauf reagieren, werden sie demnächst ihr "blaues Wunder" erleben. Man sollte die aussagefähigen Politiker, die es in Deutschland durchaus gibt, von manchem Alltagskram befreien, damit sie sich stärker um die Bildung eines demokratischen Grundbewußtseins im Osten wie im Westen bemühen können, denn ohne dieses wird es weder die innere deutsche Einigung noch die Fähigkeit Deutschlands für ein geeintes Europa geben. Wenn unser Volk begriffen hat, daß in diesem Land die Würde des Einzelnen wirklich unantastbar ist, daß die unveräußerlichen Menschenrechte in diesem Land wirklich die Grundlage des Handelns sind, daß die Macht wirklich vom Volke ausgeht und daß die Gewaltenteilung sowie die Bindung des Staates an Recht und Gesetz keine leeren Theorien sind, daß das soziale Netz sicherer ist als die bisweilen angstmachenden Zahlen der Bundesbehörden, dann wird im Volke eine Vertrauensbasis geschaffen, die die notwendige Voraussetzung für den Neuaufbau ist.

Einleitung eines Umdenkprozesses

Der Ausgleich des Lebensstandards zwischen Ost und West wird in Deutschland mit Sicherheit schwerer machbar sein, als es sich manche bisher noch vorstellen.

Das bedeutet aber wohl überhaupt nicht, daß der östliche Teil der deutschen Bevölkerung an der Armutsgrenze lebt. Es dürfte interessant sein, daß nach Emnid-Umfragen im Sommer 1992 die Zahl derer, die ihre Lebensumstände mit "sehr zufrieden" charakterisiert haben, von 4% im November '91 auf 11% im Sommer '92 gestiegen ist. 36% der Bevölkerung behaupten, daß sich ihre Lebenssituation mit der Vereinigung zu ihrem Vorteil entwickelt hat. 50% meinen, es sei vorläufig gleich geblieben. Und nur 15% behaupten, daß sie jetzt benachteiligt seien. Wer jedoch die Stimmung nach den Medien bemißt, glaubt eher, daß sich der Osten Deutschlands von einer Katastrophe zur anderen bewegt. Es ist doch völlig klar, daß diese Stimmungsmache, ob böswillig oder leichtfertig erzeugt, katastrophale Folgen haben kann. Jedoch Menschen, die die ständige Steigerung des persönlichen Lebensniveaus nicht als das einzig Erstrebenswerte ansehen, dürften eine Stabilität und Unanfälligkeit für allgemeine Stimmungsbarometer aufweisen, die zu einer gesunden Demokratie notwendig sind. Ein neues Denken könnte die Jagd nach Konsum durch engagiertes Mitgestalten an einer menschlicheren Welt ersetzen. Es geht um eine Kultur des Schenkens statt des Nehmens. Die Bereitschaft zu teilen und die Dankbarkeit dem Teilenden gegenüber ist zu entwickeln. Die Ostdeutschen sind bei Spenden und Kollekten den Westdeutschen prozentual vorläufig noch deutlich überlegen trotz der wirtschaftlich schlechteren Lage. Die Kirche muß helfen, daß die Mentalität einer Kultur des Schenkens überall zur Entfaltung kommt (vgl. Lk 6,38; Mt 19,16-30; Apg 4,32-35; 6,1-7).⁶⁾

Der ökologische Akzent

Wenn die Sucht nach ständig steigenden Lebensgenüssen im Menschen einmal grundgelegt ist, ist sie nicht mehr abzusättigen. Das bedeutet in der Konsequenz, die Welt wird in ihren Ressourcen, in den Beständen der Schöpfung ohne Rücksicht auf kommende Generationen verbraucht. Die daraus entstandenen Schäden sind bereits beachtlich. Obwohl sich da heute alle einig sind, wollen doch nur wenige auf nutzlose Angebote der Überflußgesellschaft verzichten. Eine Trendwende durch entsprechende gesetzliche Initiativen ist zu unterstützen. Aber auch das können nur flankierende Maßnahmen sein. Wenn sich die Grundeinstellungen im Konsumverhalten nicht verändern, setzt sich der zerstörerische Trend fort.

Im Bemühen um eine neue Denkweise sind allerdings viele Widersprüche aufzulösen. Man kann nicht gleichzeitig saubere Energieerzeugung erkämpfen wollen und ebenso unrealistische Energiepreise einfordern. Wir wissen doch noch viel zu gut, daß die billigen subventionierten Brötchen der DDR in Millionen Tonnen in die Abfallkübel wanderten. Der Wert der Schöpfung kann nicht nur durch Kampfparolen anerkannt sein, sondern die Kostbarkeit wird sich im-

mer auch in den wahren Kosten niederschlagen. Alles andere ist realitätsfremd. Bei der Bewahrung der Schöpfung muß auch eine Güterabwägung erfolgen. Der Mensch steht höher als das Tier und die Pflanzenwelt, und eine Produktionsstätte ohne jegliche Lasten für die Umwelt muß erst noch erfunden werden. Daß hier im Osten der nüchterne Realismus sehr schnell verlorengehen kann, liegt auch an der leicht zu erzeugenden Panik durch manche geschäftstüchtige Medien. Vernünftige Natur- und Umweltschutzarbeit sollte durch Christen besondere Unterstützung erfahren.

Vertrauen in die Demokratie

Vertrauen in die Demokratie ist kein abstraktes Unternehmen, sondern nur über vertrauenswürdige Personen zu erreichen. Diese gibt es durchaus unter unseren politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträgern. Warum aber muß von einem umfassenden Vertrauensschwund bei uns gesprochen werden? Meines Erachtens vor allem deshalb, weil das Klima bei den politischen Auseinandersetzungen schlecht ist. Die gegenparteiliche Stellungnahme suggeriert manchmal sogar in abscheulicher populistischer Vorgehensweise, daß die von ihr vorgetragene Lösungsvariante alles total verändern würde, alles total verbessern könnte. Dieser Umgangston in Parlamenten, Parteien und anderen gesellschaftlichen Gremien erschwert oder verhindert konstruktive Beziehungen der Politiker. Die sensiblen von ihnen, die oft die kostbareren sind, bleiben dabei allzuoft auf der Strecke. In einigen Ausnahmefällen grenzt das an ein Wunder. Der Stil, den anderen fertigzumachen, muß bei der Bevölkerung Mißtrauen erzeugen. Es ist ein Stil, den nichtchristliche Philosophie begründet hat (es ist deshalb zutiefst bedauerlich, daß dieser Stil auch in die Kirche eingezogen ist). Das Für und Wider zu einer Sache in Wahrhaftigkeit und menschlicher Fairneß auszutragen, ist ein entscheidendes und erstrebenswertes Ziel politischer Kultur im Osten wie im Westen. In der Demokratie muß man einander die Meinung sagen können, ohne die Person des anderen herabzusetzen oder gar deren Demontage zu betreiben. Es ist zwar durchaus ehrenwert, aber viel zu spät, wenn erst bei der Leichenrede die Verdienste des politischen Gegners gewürdigt werden. Das Volk ist nicht dumm. Solche Taktik wird durchschaut, und die Politiker verlieren das Vertrauen. Die Bergpredigt, auf die sich viele so gern berufen, verlangt zweifellos die Anerkennung des Meinungsgegners in seinen positiven Leistungen auch vor der Öffentlichkeit. In den politisch brisanten Jahren 1989/90 wurden politische Glanzleistungen vollbracht, die bis heute keine gebührende Würdigung gefunden haben. Statt eigene Fehler einzugestehen, werden Fehler der anderen genüßlich breitgetreten. Für den Ostdeutschen, der diese ungebremsten Kleinkriege nicht gewöhnt ist, hat das eine vernichtende Wirkung. Man hatte doch endlich eine menschlichere Atmosphäre erwartet, und nun wird

der Anschein brutaler Machtkämpfe vermittelt. Wer da noch meint, daß dieser Stil in der Demokratie unverzichtbar sei, bezeugt damit nur seine festgefahrene Abhängigkeit. Zum Glück gibt es noch genügend Beispiele echten Dialogs im politischen Umfeld. Diese beweisen, daß ein vertrauensbildender Umgang in der politischen Auseinandersetzung durchaus keine Illusion ist.

Wirtschaftlicher Aufschwung in sozialer Gerechtigkeit

Die Erfolge der Marktwirtschaft werden im gesamten Osten Europas ebenso begrüßt wie in der übrigen Welt. Die Schattenseiten aber sind ein Schock. Vornehmlich die Arbeitslosigkeit und die Bürokratie werden in ihren Ursachen nicht begriffen. Dabei ist zu bedenken, daß in der ehemaligen DDR wie in den anderen sozialistischen Ländern die Parteidoktrin Arbeit als Höchstform menschlicher Existenz dargestellt hat. Nachdem für die meisten Menschen andere lebenserfüllende Existenzformen unzugänglich gemacht wurden (Freizügigkeit, Selbstentfaltung, Selbstwertgefühl, Religion), blieb ihnen nur noch, die eigene Erfüllung in der Arbeit zu suchen. Man muß durchaus von Flucht in die Arbeit sprechen. Nun ist Hunderttausenden in der Marktwirtschaft dieses "Letzte, was sie hatten", genommen worden. Es ist nicht unbedeutend zu beobachten, daß die Arbeitslosigkeit bei christlichen Gemeindemitgliedern nicht die gleiche schockierende Wirkung hat wie bei denen, die nur auf Arbeit orientiert waren. Aber das sind in den neuen Bundesländern die meisten.⁷⁾ Deshalb ist es dringend erforderlich, die Ursachen einsichtiger zu machen. Der weggebrochene, ehemals nach dem Osten orientierte Markt ist als Begründung für die Situation vielen schwer plausibel zu machen. Zahlreiche andere Begründungen sind deshalb für viele nicht akzeptabel, weil sie auch mangelnde Solidarität der westdeutschen Wirtschaft verraten. Die positiven Maßnahmen einer echten solidarischen Unterstützung werden jedoch wiederum zu schwach erwähnt. So hat die Nachricht von der Bereitstellung der Milliardensummen für die neuen Länder wenig Echo hervorgerufen, weil nur der Wirtschaftsfachmann derartige Summen einordnen kann. Beachtenswerte Investitionen sollten viel umfassender publiziert werden. Nicht Versprechungen, sondern Fakten machen Hoffnung.

Dem Problem der Arbeitslosigkeit kann besonders begegnet werden durch Schulung im Management, um Wege in die selbständigen Unternehmen zu eröffnen, damit nicht nur auf westliche Unternehmer gewartet wird. Weil Risikobereitschaft und Fähigkeit zur eigenständigen Unternehmerinitiative in der Vergangenheit kurzgehalten wurden oder ganz unterdrückt worden sind, bedarf es hier auch der bewußten Ermutigung. Dabei könnte die Kirche eine bedeutende Rolle spielen.

Es gibt in den neuen Bundesländern eine Fülle von Aufgaben, die weder gleichzeitig erfüllt, noch gleichzeitig finanziert werden können. An die Verteiler der öffentlichen Mittel zur Unterstützung der östlichen Bundesländer wäre zu appellieren, die vorhandenen Mittel auch zur Förderung Unternehmenswilliger und -fähiger aus dem eigenen Bereich einzusetzen. Die Unternehmer aus dem hiesigen Raum sollten bedenken, daß nur eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik dauerhafte Aufträge ermöglicht. Zahlreiche Kunden wenden sich bereits deshalb westlichen Unternehmen zu, weil hiesige unverschämte Preise ansetzen. Eng damit verbunden sind selbstverständlich verantwortungslose Lohnforderungen. Glücklicherweise sind oft die Belegschaften vernünftiger als manche Gewerkschaftsfunktionäre. Es kann doch nicht sinnvoll sein, wenn ich mich für den arbeitenden Menschen einsetzen will, daß ich für einige Wenige möglichst hohe Löhne erstrebe und dadurch andere einfach auf die Straße schicke.

Vernünftige Investivlohnvereinbarungen⁸⁾ zwischen den Tarifpartnern könnten außerdem das Unternehmertum im Osten fruchtbar fördern. Eine echte Beteiligung am Produktivvermögen wäre ein zusätzlicher Anreiz, neue Betriebe auf die Beine zu bringen, die nicht auf wenigen, sondern auf vielen Schultern ruhen. Viel wichtiger als die Gründung von Kritikerkomitees wäre die Gründung einer Initiative Ost für neue Unternehmen Ost in Solidarität mit der Arbeiterschaft. Dabei könnten sich meines Erachtens Modelle entwickeln, die für künftige Lösungen in den Industriestaaten exemplarisch wären. Die katholische Soziallehre unterstützt jedenfalls nicht eine Ideologie des Kapitals in einer Hand.⁹⁾

Eine am Bedarf orientierte Berufsausbildung unserer Jugend, der auch moderne Technik dringend zur Verfügung zu stellen ist, wird Qualität und Beständigkeit unserer Unternehmen wesentlich mit bestimmen. Erfreulich ist der Einsatz des Kolpingsbildungswerkes und anderer Initiativen in den östlichen Bundesländern für diese Berufsausbildung, auch für die Schwächeren.

Insgesamt ist der Ausbildungsstandard ostdeutscher Berufstätiger durchaus geeignet, eine weltmarktfähige Industrie aufzubauen. Die augenblickliche enorme Bereitschaft der Menschen hierzulande darf aber nicht durch bürokratische Verzögerungsmechanismen erstickt werden. Die mit deutscher Akribie im Westen entwickelte Bürokratie und das Gesetzesdickicht sind verständlicherweise für viele eine schwere Belastung. Gerade in diesem Bereich hatte man nach der Negativerfahrung sozialistischer, sinnloser Bürokratie einen positiven Wandel erhofft und sieht sich sehr enttäuscht. Nur noch geniale Reformer können hier auf Dauer etwas ändern.¹⁰⁾

Wahrhaftigkeit der Medien

Im gesamten gesellschaftspolitischen Prozeß kommt den Medien eine wachsende Bedeutung zu. Während die Anerkennung jeglicher Autorität in Staat,

Kirche und kulturellen Bereichen, sogar in der Familie, schwindet, gilt die Autorität der Medien, besonders beim östlichen Konsumenten, scheinbar relativ unangefochten. Besonders visuelle Medien gaukeln Wahrhaftigkeit vor durch die Indiskutierbarkeit des Gesehenen. Die Manipulationen der Technik sind für den Laien wenig durchschaubar. Deswegen können die Medien erschreckend Massen manipulieren. Randphänomene werden zu Hauptthemen hochgespielt, und Hauptanliegen der Gesellschaft erscheinen als Randnotiz. Vieles wird lediglich von Einschaltquote und dem Geschäft bestimmt, darüber hinaus mangelt es bei den Medienproduzenten oft an Sachkenntnis und Kompetenz. Zweifellos gibt es ausgezeichnete journalistische Leistungen. Aber wieviele Zuschauer sind in der Lage, Qualität und Schund zu unterscheiden? Auf diese Weise kommt den Medien eine Macht zu, die keine andere Institution in der Demokratie mehr besitzt. Wir sind selbstverständlich glücklich, im Osten ganz besonders, daß es keine Zensur im Sinne absolutistischer Staatsmacht mehr gibt. Die Freiheit der Medien verlangt nun aber von allen eine hohe Verantwortlichkeit. Diese wird bisher nur von wenigen wahrgenommen. Als Folge ist das Verwirrspiel komplett. Die Stimmung entspricht beispielsweise im Osten nicht der Wirklichkeit. Die Information wird von der Sensation gesteuert. Objektivität geht durch Interpretationslust verloren. Modethemen verdrängen Bildungsthematik. Hedonistische Tendenzen siegen über Ethik und Vernunft. Hier ist ein Aufstand angesagt. Verantwortungsbewußte Medienträger und Journalisten dürfen den Mißbrauch nicht mehr einfach hinnehmen. Politiker müssen endlich ihr moralisches Gewicht in die Waagschale werfen, sonst versündigen sie sich an der kommenden Generation mehr als bei Schlafmützigkeit in ökologischen Fragen. Die "Anämie der Seele" hat schon zahllose junge Menschen geistig umgebracht. Wir dürfen nicht eine Pluriformität des Schmutzes akzeptieren. Der Mensch hat ein Recht auf Wahrhaftigkeit in den Medien. Die vielgepriesene legitime Meinungsvielfalt geht ja gerade dadurch verloren, daß Medien voneinander all das kopieren, das anzukommen scheint. Wahrhaftigkeit aber verlangt immer Mut zur Eigenständigkeit. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es genügend gutwilligen und fähigen Medienleuten gelingen wird, sich endlich positiv am Neuaufbau einer wahrhaftigen, wirklich demokratischen Gesellschaft im Osten Deutschlands zu beteiligen.

Die Rettung der Familie

Das bisherige System, das den Osten Deutschlands beherrschte, war in entscheidenden Punkten familienfeindlich. Werktags hatte sich die Familie nur am Abend, wenn alle bereits abgespannt waren. Sonst war Trennung angesagt: Kinderkrippe, Kindergarten, Schule, Schulhort, Pionier- und Jugendorganisation, außerschulischer Sport, außerschulische Kulturaktionen, betriebssozialistische

Brigade, organisiertes Kulturprogramm, Kinderferienlager, Schulungswochen - noch vieles andere mehr demontierte die unverzichtbare Gemeinschaft Familie.¹¹ Noch heute wissen viele zu Hause miteinander nichts anzufangen. Die Eltern haben sich daran gewöhnt, daß ihnen der Staat Erziehungs- und Bildungsaufgaben weitestgehend aus der Hand nahm. Selbst kirchlich engagierte Eltern delegieren allzugern religiöse Bildung ihrer Kinder an kirchliche Institutionen. In breitesten Schichten der Bevölkerung ist das Familienleben herabgesunken zum Versorgungsmechanismus für den Körper.

Wenn das so bleibt, dürfte jedem denkenden Menschen bange sein um die künftigen Generationen. Jedem ist doch jetzt schon klar, daß ein Höchstprozentsatz der Jugendkriminalität, die ständig steigt, auf psychische Schädigung zurückzuführen ist. Eigentlich dürften nicht die Täter bestraft werden, sondern die Verursacher der defekten Psyche müßten haftbar gemacht werden. Zum Besten der Gesellschaft müssen hier alle Gutwilligen schleunigst mobilisiert werden, um die geschädigte Familie wieder in ihr Recht zu setzen. Im einzelnen ist zu fragen: Sind Ganztagskindergärten in jedem Fall erstrebenswert? Inwieweit darf schulische und außerschulische Tätigkeit unsere Kinder des Raumes der Familie berauben? Nimmt der Staat seine Verantwortung bei der notwendigen wirtschaftlichen Stützung der Familie genügend wahr? Sind kirchliche Veranstaltungen und Themen ausreichend familienorientiert? Lassen Eltern ihre Kinder und Jugendlichen in entscheidenden Fragen der Lebensbewältigung immer noch allein (Sexualerziehung, Partnerfindung, Berufsorientierung, Entdeckung der Kultur, Sinnfindung und vor allem Vertiefung des Glaubens)?

Eine einsame Jugend ist eine gefährdete und eine gefährliche Jugend. Eine Jugend, die den Wert der Gemeinschaft erfährt, findet im stets wachsenden Miteinander zu der menschlichen Freiheit, die wieder fähig macht zum Risiko und Einsatz des eigenen Lebens, ohne die Zukunft nicht gebaut werden können. Einer ängstlichen Flucht aus der Verantwortung, die viele in unserer jungen Generation kennzeichnet, kann nur begegnet werden mit dem Geist dessen, der uns gesagt hat: "Eine größere Liebe hat niemand, als wer sein Leben hingibt für seine Freunde." Und das macht ihn für junge Menschen glaubwürdig: er hat nicht nur davon geredet, er hat es getan. Junge Menschen, die alles schon "hinter sich haben", ohne jemals sich der Verantwortung und des Risikos überhaupt bewußt zu werden, sind die eigentlichen Verarmten und Bedauernswerten von heute. Nur Naive können glauben, daß sie die erste glückliche Generation der Geschichte seien. Mögen noch so viele behaupten, daß das Evangelium in die Enge führe, meine Erfahrungen mit jungen Menschen in der Kirche beweisen mir, daß die Begeisterung für ein evangeliengemäßes Leben junge Menschen froh macht, Familien zusammenführt, Gesellschaft erneuert. Wir wollen eine Kultur des Lebens gegen die modern gewordene "Kultur des Todes", damit "die Abwesenheit Gottes in den Herzen der Menschen, dessen Liebe allein alle

Ängste der Welt besiegen kann", umgewandelt werden kann in die erfahrbare Fülle der Gegenwart dessen, der alles in allem ist.

Christliche Perspektiven im geeinten Deutschland werden dann auch in den neuen Bundesländern vom Heiligen Geist initiiert, begleitet und zu großer Fruchtbarkeit geführt werden, wenn sich die Kirche unseres Raumes von den prophetischen Worten leiten läßt, mit denen die Pastorkonstitution des Konzils "Gaudium et spes" beginnt: "Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Wiederhall fände."

Anmerkungen

- 1) Die Veröffentlichung "Katholische Kirche - Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945-1990", die von G. Lange u.a. im Leipziger Benno-Verlag 1992 herausgegeben worden ist, mag dazu beigetragen haben. Eine weitere geplante Publikation der nicht öffentlichen Aktivitäten der Bischöfe gegenüber dem sozialistischen Staat wird die unbegründeten Behauptungen über eine inaktive katholische Kirche gegenstandslos machen.
- 2) Vgl. E. Bahr, Sieben Tage im Oktober, Aufbruch in Dresden, Forum Verlag Leipzig 1990.
- 3) Vgl. den Hirtenbrief von Bischof J. Reinelt "Kirche nach außen", Ostermontag 1988.
- 4) Jewgeni Jewtuschenko, über Jahrzehnte hinweg Idol der sowjetischen Jugend, wehklagt: "Darum bitte ich euch: Gebt ein Geheimnis, sei es ein einfaches, zaghaftes kleines, sei es barfußig, mager, in Fetzen, ein Geheimnis gebt, wenigstens eines."
- 5) Vgl. den Artikel "Wo ist Gott?" von Peter Seewald im Magazin der Süddeutschen Zeitung vom 19.6.1992.
- 6) Vgl. auch den Abschnitt "Erziehung zu einer Zivilisation der Liebe" in "Freiheit und Befreiung im Lichte der Soziallehre der Kirche" von L. Roos in dieser Reihe Nr. 133.
- 7) Vgl. den Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs 1990, Abschnitt II,4.
- 8) Vgl. "Miteigentum für alle. Produktivvermögen durch Anlagegenossenschaften. Das Modell der katholischen Sozialverbände im Bistum Essen", Paulinus-Druckerei Trier 1990; ebenso A. Rauscher, Das Eigentum. Persönliches Freiheitsrecht und soziale Ordnungsinstitution: Katholische Soziallehre in Text und Kommentar, Heft 15, S. 36ff.
- 9) Vgl. A. Rauscher, ebd., S. 30ff.
- 10) Nicht unbedeutend für den Aufbauwillen dürfte die Erinnerung an den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft sein. Da müssen jetzt noch die Fakten auf den Tisch, weil in der DDR-Zeit kaum jemand wirklich Einblick bekam in den realen Zustand der Wirtschaft und jetzt sich bereits wieder die bekannten Kräfte befeißigen, die damalige Situation glanzvoll darzustellen. Das ist eine Lüge, die den vielen Nicht-Sachkundigen glaubwürdig erscheinen muß, zumal nicht wenige der früheren Leitungskräfte in den Betrieben auch jetzt nach alter zentralistischer Manier die Geschicke des privatisierten Unternehmens im Griff haben. Sie manipulieren vermutlich viel schädigender, als dies kontrollierende Kräfte überschauen können. Die Personalauswahl jedenfalls wird vielerorts nach den alten Prinzipien fortgesetzt. Der Unterschied ist nur, daß früher auf abweichende Auffassungen mit politischer Oppression geantwortet wurde und jetzt mit Entlassung. Das muß sich ändern, hier müssen wir energisch für Klärung eintreten.
- 11) Vgl. das Apostolische Schreiben "Familiaris consortio" Nr. 45.

Zur Person des Verfassers

Joachim Reinelt, Bischof von Dresden-Meißen.